

Gesetzentwurf

der Landesregierung

**Gesetz zur Förderung der Musik- und Kunstschulen im Land Brandenburg
(Brandenburgisches Musik- und Kunstschulgesetz - BbgMKSchulG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Gesetz zur Förderung der Musik- und Kunstschulen im Land Brandenburg

A. Problem

Im Zusammenhang mit der maßgeblich vom damaligen Landesverband der Musikschulen Brandenburg e.V. initiierten Volksinitiative „Musische Bildung für alle“ wurde die Landesregierung mit Beschluss des Landtages vom 25. Februar 2010 (Drucksache 5/458-B) beauftragt, das Musikschulgesetz einschließlich der bestehenden Förderinstrumentarien und der Finanzierungssystematik bis zum Ende des Jahres 2010 zu evaluieren und entsprechend zu novellieren. In einer Entschließung des Landtages vom gleichen Tag (Drucksache 5/448-B) wurden die Inhalte der Evaluation weiter konkretisiert und die Landesregierung aufgefordert, mit der Novellierung die gesetzliche Aufgabe der Musikschulen, eine musikalische Bildung zu vermitteln, Begabungen zu erkennen und zu fördern sowie auf ein mögliches Studium der Musik vorzubereiten, zu konkretisieren und so auszuweiten.

Die Landesregierung hat in einem gestuften Verfahren dem Landtag zunächst einen entsprechenden Evaluationsbericht am 15. März 2012 übermittelt (Drucksache 5/4936), der gesetzgeberischen Handlungsbedarf in Hinblick auf die Bemessungsgrundlage und das Verfahren zur Ausreichung der Fördermittel sowie in Hinblick auf die Verfahren zur Bestimmung der Förderfähigkeit von Musikschulen und über die Berechtigung zum Führen der Bezeichnung „Anerkannte Musikschule im Land Brandenburg“ aufzeigt.

B. Lösung

Ein wesentlicher Teil der bisherigen Regelungen des Brandenburgischen Musikschulgesetzes bedarf im Sinne des aufgezeigten gesetzgeberischen Handlungsbedarfs der Überarbeitung. Zudem wird das Gesetz um Vorschriften zur Förderung der Kunstschulen ergänzt. Das Brandenburgische Musikschulgesetz wird daher durch ein novelliertes Brandenburgisches Musik- und Kunstschulgesetz ersetzt.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Der vorgeschlagene Gesetzentwurf ist erforderlich, um das Verfahren zur Förderung der Musikschulen im Land Brandenburg zu optimieren, eine flächendeckende Versorgung des Landes mit leistungsfähigen und qualitativ hochwertigen Musikschulen weiterhin sicherzustellen sowie dem gesetzgeberischen Anliegen, den Zugang zu den geförderten Musikschulen allen Interessierten zu ermöglichen, besser Geltung zu verschaffen. Zudem gibt es seit vielen Jahren Musikschulen mit einem Kunstschulbereich, der jedoch im Rahmen des bisherigen Brandenburgischen Musikschulgesetzes nicht förderfähig war. Unter dem Gesichtspunkt der kulturellen Bildung sind Musikschul- und Kunstschulangebote inhaltlich gleichwertig. Um diese Gleichwertigkeit auch in der Förderung berücksichtigen zu können, wird das Gesetz auf Kunstschulen und den Kunstschulbereich an Musikschulen ausgedehnt.

II. Zweckmäßigkeit

Die Gesetzesnovelle ist zweckmäßig, weil sie die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen dafür schafft, Verfahrensabläufe zu optimieren und mit der Förderung verbundene gesetzgeberische Zielstellungen stärker zu forcieren als dies mit den Regelungen im bisher geltenden Brandenburgischen Musikschulgesetz gelungen ist.

III. Auswirkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung

Die Gesetzesnovelle zielt darauf ab, den Zugang zu musikalischen Bildungsangeboten der geförderten Musikschulen für alle an musikalischer Bildung Interessierten zu erleichtern sowie das hohe Qualitätsniveau und die Leistungsfähigkeit der geförderten Musikschulen langfristig zu sichern. Musische Bildung ist ein wichtiger Teilaspekt kultureller Bildung, die eine zentrale Rolle für eine umfassende Persönlichkeitsbildung einnimmt und wesentliche Voraussetzungen für eine aktive Teilnahme am kulturellen Leben in der heutigen Wissensgesellschaft schafft. Der gesellschaftlichen Bedeutung der Musik- und Kunstschulen trägt die Gesetzesnovelle Rechnung, indem sie an mehreren Stellen Regelungen vorsieht, die darauf ausgerichtet sind, dass noch mehr Kinder und Jugendliche als bisher die musikalischen Bildungsangebote an geförderten Musikschulen nutzen können und gesetzlich förderfähige Kunstschulen ihre Bildungsangebote weiter ausbauen.

Mit der Einführung des Erfordernisses von staatlichen Anerkennungen für Musikschulen als wesentliche Fördervoraussetzung, der Erweiterung der bisher gesetzlich geregelten Qualitätskriterien um zusätzliche Kriterien sowie mit der gesetzlichen Befristung der staatlichen Anerkennungen auf vier Jahre wird auf dem Markt musischer Bildungsangebote ein gegenüber der bisherigen Gesetzeslage wirkungsvolleres staatliches „Gütesiegel“ etabliert. Die staatliche Anerkennung bringt den Einrichtungen in der Regel wirtschaftliche Vorteile. Für musikschultragende Rechtspersonen mit einem Gemeinnützigkeitsstatus begründet sie einen Förderanspruch. Diese gestiegene Bedeutung der Anerkennung für die Musikschulen rechtfertigt es, den Kostenaufwand, der dem Land bzw. einer beliebigen juristischen Person durch die Erteilung von Anerkennungen entsteht, gebührenrechtlich auf die musikschultragenden Rechtspersonen umzulegen. Die Einführung von entsprechenden staatlichen Anerkennungen für Kunstschulen und Kunstschulbereiche an Musikschulen bietet erstmals auch in diesem Segment musischer Bildungsangebote eine Orientierungshilfe in Hinblick auf Einrichtungen, die einen landesweit geltenden Qualitätsmaßstab erreichen.

Die auf Verfahrensoptimierung ausgerichteten Regelungen in der Gesetzesnovelle - insbesondere die Einführung eines einheitlichen Verfahrens zur Erteilung von staatlichen Anerkennungen, die gesetzliche Möglichkeit für diese Verfahren geeignete Dritte hinzuzuziehen bzw. diese zu beilehen und die gesetzliche Festlegung, für die Ermittlung der Höhe des Förderbetrages die Daten des dem Förderjahr vorausgegangenen Kalenderjahrs als Bezugsgröße zu Grunde zu legen - werden zu einer Reduzierung von Verwaltungsaufwand insbesondere beim Land führen.

D. Zuständigkeiten

Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur ist federführend zuständig.

Gesetzentwurf für ein

Gesetz zur Förderung der Musik- und Kunstschulen im Land Brandenburg

(Brandenburgisches Musik- und Kunstschulgesetz – BbgMKSchulG)

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für im Land Brandenburg tätige Musikschulen und Kunstschulen. Musikschulen im Sinne dieses Gesetzes sind auch Musikschulen, die Bildung in anderen künstlerischen Fachbereichen gemäß § 3 Absatz 4 Nummer 1 vermitteln (verbundene Musik- und Kunstschulen).

(2) Musikschulen und Kunstschulen sind Bildungs- und Kultureinrichtungen, deren Aufgabe es ist, vorrangig Kindern und Jugendlichen eine musische Bildung zu vermitteln, Begabungen zu erkennen und zu fördern sowie auf ein mögliches Studium der Musik oder sonstiger künstlerischer und kunstpädagogischer Fächer vorzubereiten. Die Musikschulen und Kunstschulen sollen allen Interessierten den Zugang ermöglichen.

§ 2

Träger

Träger von Musikschulen und Kunstschulen können insbesondere Gemeinden und Gemeindeverbände oder andere juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts sein.

§ 3

Staatliche Anerkennung, Verordnungsermächtigung

(1) Musikschulen sind berechtigt, die Bezeichnung „Anerkannte Musikschule im Land Brandenburg“ zu führen, wenn sie über eine gültige Anerkennung verfügen. Die Anerkennung wird auf Antrag der Musikschule jeweils befristet auf vier Jahre von der für Kultur zuständigen obersten Landesbehörde erteilt, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 2 erfüllt sind. Werden darüber hinaus die Voraussetzungen nach Absatz 5 erfüllt, berechtigt die Anerkennung, die Bezeichnung „Anerkannte Musik- und Kunstschule im Land Brandenburg“ zu führen (erweiterte Anerkennung).

(2) Die Anerkennung wird einer Musikschule erteilt, wenn

1. sie eine kontinuierliche und pädagogisch planmäßige Arbeit gewährleistet,

2. sie Unterricht von mindestens 150 Unterrichtsstunden pro Woche in folgenden Bereichen anbietet:
 - a) Fachbereich Musikalische Früherziehung/Grundausbildung,
 - b) Einzel- und Gruppenunterricht in der Unter-, Mittel- und Oberstufe mit einem Angebot an Instrumental und Vokalfächern aus mindestens fünf der folgenden Fachbereiche; Streichinstrumente, Zupfinstrumente, Blasinstrumente, Tasteninstrumente, Schlaginstrumente, Vokalmusik sowie Populärmusik,
 - c) Fachbereiche Ensemble- und Ergänzungsfächer und
 - d) spezielle Talentförderung,
 3. sie von den angebotenen Fachbereichen gemäß Nummer 2 Buchstabe a bis c drei mit mindestens 10 Prozent und drei mit mindestens 5 Prozent der Unterrichtsstunden pro Woche belegt,
 4. sie auf der Grundlage von Rahmenlehrplänen unterrichtet, die auf der Angebotsstruktur gemäß Nummer 2 a bis d aufbauen,
 5. sie für die Erteilung der Unterrichtsstunden in der Mehrheit Lehrkräfte mit einem berufsqualifizierenden Hochschulabschluss im Fachbereich Musik oder Musikpädagogik oder einen gleichwertigen Abschluss einsetzt,
 6. die von ihr eingesetzten Lehrkräfte regelmäßig, mindestens jedoch alle drei Jahre, an musikpädagogischen Fortbildungen teilnehmen,
 7. sie unter einer Leitung aus einer oder mehreren vom Träger fest angestellten Personen steht, von der mindestens eine Person über einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss im Fachbereich Musik oder Musikpädagogik und in der Regel über Berufserfahrungen in der pädagogischen Arbeit verfügt,
 8. sie geeignete Unterrichtsräume und Unterrichtsinstrumentarien vorhält,
 9. sie zur Vermittlung musikalischer Bildung auch Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen und Trägern kultureller Bildung durchführt sowie
 10. sie geeignete Maßnahmen ergreift, um Menschen mit Behinderungen zugängliche Angebote zu gestalten.
- (3) Kunstschulen sind berechtigt, die Bezeichnung „Anerkannte Kunstschule im Land Brandenburg“ zu führen, wenn sie über eine gültige Anerkennung verfügen. Die Anerkennung wird auf Antrag der Kunstschule jeweils befristet auf vier Jahre von der für Kultur zuständigen obersten Landesbehörde erteilt, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 4 erfüllt sind.
- (4) Die Anerkennung wird einer Kunstschule erteilt, wenn sie
1. 30 Unterrichtsstunden pro Woche in den Fachbereichen
 - a) Bildende Kunst und

b) Angewandte Kunst

sowie in einem der folgenden Fachbereiche mindestens zehn Unterrichtsstunden pro Woche erbringt:

c) Theater

d) Tanz

e) Literatur

f) Medien

g) Zirkus,

2. für die Erteilung der Unterrichtsstunden in den Fachbereichen gemäß Nummer 1 in der Mehrheit Lehrkräfte mit einem berufsqualifizierenden künstlerischen oder kulturpädagogischen Hochschulabschluss oder einen gleichwertigen Abschluss oder mit einem ausgewiesenen künstlerischen Schaffensprozess mit nachgewiesener pädagogischer Befähigung einsetzt,
3. unter einer Leitung aus einer oder mehreren vom Träger fest angestellten Personen steht, von der mindestens eine Person über einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss in einem künstlerischen Fachbereich oder in Kulturpädagogik oder in Kulturwissenschaften oder einen gleichwertigen Abschluss sowie über Berufserfahrungen in kulturellen Einrichtungen verfügt und
4. die Voraussetzungen gemäß Absatz 2 Nummer 1 und 6 sowie 8, 9 und 10 unter entsprechender Anwendung auf Kunstschulen erfüllt.

(5) Die erweiterte Anerkennung wird einer Musikschule erteilt, wenn sie zusätzlich zu den Voraussetzungen gemäß Absatz 2 die Voraussetzungen gemäß Absatz 4 Nummer 1, 2 und 4 erfüllt.

(6) Das für Kultur zuständige Mitglied der Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die nähere Ausgestaltung der Voraussetzungen gemäß der Absätze 2 und 4 zu regeln.

(7) Wenn die Voraussetzungen für die Erteilung einer Anerkennung gemäß der Absätze 2, 4 oder Absatz 5 nicht mehr vorliegen, kann diese durch die für Kultur zuständige oberste Landesbehörde widerrufen werden. Die Erteilung einer Anerkennung oder der Eintritt der Rechtsunwirksamkeit einer Anerkennung wird durch die für Kultur zuständige oberste Landesbehörde im Amtsblatt für das Land Brandenburg öffentlich bekannt gemacht. Der Inhalt der Bekanntmachung gemäß Satz 2 wird zusätzlich auf der Internetseite der für Kultur zuständigen obersten Landesbehörde veröffentlicht.

§ 4

Ausnahmen, Abweichungen

- (1) Von den Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 1 bis 10 können für Musikschulen im Aufbau Ausnahmen für die Dauer von höchstens drei Jahren zu-

gelassen werden. Von den Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 4 Nummer 1 bis 4 können für Kunstschulen im Aufbau Ausnahmen für die Dauer von höchstens drei Jahren zugelassen werden.

(2) Von den Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2, 3, 6 und 9 können befristet auf zwei Jahre Abweichungen für Musikschulen zugelassen werden, wenn dies aus besonderen Gründen, insbesondere zur Erhaltung einer gleichmäßigen Grundversorgung mit musikalischen Bildungsangeboten im Land, geboten ist. Satz 1 gilt für die Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 4 Nummer 1 und 4 für Kunstschulen entsprechend. Die Zulassung der Abweichung kann jeweils innerhalb des Geltungszeitraums der Anerkennung um bis zu zwei Jahre verlängert werden, wenn die besonderen Gründe fortbestehen.

(3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 wird die Berechtigung gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 und 3 sowie Absatz 3 Satz 1 mit dem Wort „vorläufig“ verbunden.

§ 5

Anerkennungsverfahren, Hinzuziehung Dritter

(1) Die für Kultur zuständige oberste Landesbehörde ist berechtigt, zur Durchführung der Verfahren gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 3 Satz 2 eine juristische Person des Privatrechts mit deren Einverständnis zu beleihen, wenn sie die Gewähr für eine sachgerechte Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben bietet und Gegenstand ihrer Tätigkeit nicht zugleich die Wahrnehmung von Interessen antragsberechtigter Musikschulen oder Kunstschulen ist. Die beleihene juristische Person steht unter der Fachaufsicht der für Kultur zuständigen obersten Landesbehörde. Die für Kultur zuständige oberste Landesbehörde ist berechtigt, sich bei Durchführung der Verfahren gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 3 Satz 2 zur Prüfung der Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 2, 4 und 5 Dritter zu bedienen.

(2) Die Musikschulen und Kunstschulen dürfen die zur Prüfung der Voraussetzungen gemäß § 3 Absatz 2, 4 und 5 erforderlichen Daten an die für Kultur zuständige oberste Landesbehörde, beauftragte Dritte oder beleihene juristische Personen des privaten Rechts übermitteln. Die Stellen nach Absatz 1 Satz 1 und 3 dürfen im Rahmen ihrer Berechtigung die erforderlichen Daten bei den Musikschulen und Kunstschulen erheben. Die für Kultur zuständige oberste Landesbehörde darf die von den Musikschulen und Kunstschulen übermittelten Daten an die Stellen nach Absatz 1 Satz 1 und 3 zu den dort genannten Zwecken übermitteln.

§ 6

Förderung durch das Land, Verordnungsermächtigung

(1) Die Musikschulen und Kunstschulen werden auf Antrag durch das Land gefördert, wenn sie über eine gültige Anerkennung gemäß § 3 verfügen sowie ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne der Abgabenordnung dienen. Bei Musikschulen und Kunstschulen in unmittelbarer Trägerschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände ist ein gesonderter Nachweis, dass diese

ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne der Abgabenordnung dienen, nicht erforderlich.

(2) Das Land fördert ab dem Haushaltsjahr 2014 die Musikschulen und Kunstschulen jährlich insgesamt durch einen Zuschuss in Höhe von 2,69 Millionen Euro. Die Höhe der Förderbeträge wird bei Musikschulen für die Fachbereiche gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 nach der Anzahl der Unterrichtsstunden und der Anzahl der durch die Musikschule vertraglich gebundenen Schülerinnen und Schüler jeweils bezogen auf das dem Förderjahr vorausgegangene Kalenderjahr bemessen. Satz 2 gilt für Kunstschulen und die Fachbereiche gemäß § 3 Absatz 4 Nummer 1 an Musikschulen mit der Maßgabe entsprechend, dass die Unterrichtsstunden gemäß § 3 Absatz 4 Nummer 1 heranzuziehen sind. Können durch Musikschulen oder Kunstschulen im Aufbau die Daten gemäß Satz 2 und 3 im Förderjahr nicht vorgelegt werden, ist eine vorläufige Förderung auf der Grundlage einer prognostischen Ermittlung der Daten bezogen auf das Förderjahr zulässig.

(3) Das für Kultur zuständige Mitglied der Landesregierung hat durch Rechtsverordnung zur Ausführung dieses Gesetzes die Aufteilung des Zuschusses gemäß Absatz 2 Satz 1 zwischen Musikschulen und Kunstschulen einschließlich Fachbereichen gemäß § 3 Absatz 4 Nummer 1 an Musikschulen, die Verteilungsquotienten gemäß Absatz 2 Satz 2 und 3 und das nähere Verfahren zur Bemessung der Förderbeträge zu regeln.

§ 7

Anpassung der Förderung

(1) Ändern sich nach dem Haushaltsjahr 2014 die Personalkosten für die fest angestellten Lehrkräfte an Musikschulen und Kunstschulen aufgrund einer tarifvertraglichen Anpassung der Gehälter, kann sich der anteilige Zuschuss nur in dem Umfang erhöhen, in dem entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

(2) Verändert sich die Anzahl sämtlicher jährlich erteilten Unterrichtsstunden und vertraglich gebundenen Schülerinnen und Schüler gegenüber dem Haushaltsjahr 2014 um mehr als 10 Prozent, so verändert sich die Gesamtfördersumme des Landes nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel entsprechend.

§ 8

Bewilligungsverfahren, Hinzuziehung Dritter

(1) Die für Kultur zuständige oberste Landesbehörde wird ermächtigt, zur Durchführung der Bewilligungsverfahren gemäß § 6 Absatz 2 eine juristische Person des Privatrechts mit deren Einverständnis zu beleihen, wenn sie die Gewähr für eine sachgerechte Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben bietet. Die beliehene juristische Person steht unter Fachaufsicht der für Kultur zuständigen obersten Landesbehörde.

(2) § 5 Absatz 2 findet hinsichtlich der Verarbeitung der zur Durchführung der Bewilligungsverfahren erforderlichen Daten der Musikschulen und Kunstschulen entsprechende Anwendung.

§ 9

Finanzierungsbeteiligung der Träger

(1) Die Landesförderung wird einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einer sonstigen juristischen Person, an der eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband mehrheitlich beteiligt ist, als Träger einer Musikschule oder Kunstschule nur gewährt, wenn diese sich an den Gesamtausgaben für die Musikschule oder Kunstschule angemessen beteiligen.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Träger, die einen Rechtsanspruch gegenüber einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband auf Finanzierung der Musikschule oder Kunstschule haben.

§ 10

Übergangsregelung

Die auf der Grundlage des Brandenburgischen Musikschulgesetzes vom 19. Dezember 2000 (GVBl. I S. 178), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 2003 (GVBl. I S. 119, 120) geändert worden ist, erteilten Berechtigungen gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 gelten als Anerkennungen im Sinne von § 3 Absatz 1 Satz 1 bis zum 31. Dezember 2014 fort. Mit Ablauf dieses Stichtages werden sie rechtsunwirksam.

§ 11

Evaluation

Die für Kultur zuständige oberste Landesbehörde ist verpflichtet, dem Landtag einen Evaluationsbericht über die Umsetzung der mit § 1 Absatz 2 sowie den §§ 3 und 6 verbundenen gesetzgeberischen Zielstellungen und zur Angemessenheit und Wirksamkeit des § 7 bis zum 31. Dezember 2018 zu übermitteln. Musikschulen und Kunstschulen, die Förderungen aufgrund dieses Gesetzes erhalten, sind verpflichtet, für die Evaluation erforderliche statistische Daten der für Kultur zuständigen obersten Landesbehörde oder von ihr beauftragten Dritten zu übermitteln. Zu diesem Zweck kann der Bescheid über die Förderung gemäß § 6 Absatz 2 mit Nebenbestimmungen verbunden werden.

§ 12

Einschränkung eines Grundrechts

Durch § 5 Absatz 2 und § 8 Absatz 2 wird das Grundrecht auf Datenschutz (Artikel 11 der Verfassung des Landes Brandenburg) eingeschränkt.

§ 13

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am 1. Januar 2014 in Kraft. Gleichzeitig tritt das Brandenburgische Musikschulgesetz vom 19. Dezember 2000

(GVBl. I S. 178), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 2003 (GVBl. I S. 119, 120) geändert worden ist, außer Kraft.

(2) § 3 Absatz 6 Satz 1 und § 4 Absatz 3 treten am Tag nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Der Präsident des Landtages

Gunter Fritsch

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Das seit dem 23. Dezember 2000 geltende Gesetz zur Förderung der Musikschulen im Land Brandenburg (BbgMSchulG) wurde auf der Grundlage zweier Beschlüsse des Landtages vom 25. Februar 2010 (5/448-B und 5/458-B) in Hinblick auf dessen Wirkungen auf die Situation der Musikschulen im Land Brandenburg einer Evaluation unterzogen. Der diesbezügliche Evaluationsbericht der Landesregierung wurde dem Landtag am 15. März 2012 übermittelt (Drucksache 5/4936).

Aus dem Evaluationsbericht geht hervor, dass Brandenburg über eine leistungsfähige Musikschullandschaft verfügt und die gesetzliche Musikschulförderung in Höhe von jährlich 2,6 Mio. € einen wichtigen Beitrag für ein flächendeckendes Musikschulangebot mit breit gefächerten Unterrichtsinhalten leistet. 22 kommunale Musikschulen und sechs Musikschulen in privater Trägerschaft partizipieren gegenwärtig an der gesetzlichen Musikschulförderung, die sich bisher in der Höhe nach den geleisteten Jahresunterrichtsstunden an den förderfähigen Musikschulen bestimmt. Das mit dem Erlass des BbgMSchulG verbundene gesetzgeberische Anliegen, eine angemessene Versorgung des Landes Brandenburg mit einem qualitativ hochwertigen Musikschulangebot zu sichern, wurde bisher erfüllt. Das Fördergesetz leistet für Musikschulen mit bestimmten gesetzlich normierten Qualitätsstandards sowie einem Gemeinnützigkeitsstatus einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Planungssicherheit und damit zu einer kontinuierlichen qualitätsorientierten Musikschularbeit. Das dem Gesetz zugrunde liegende Fördersystem gesetzlich normierter Leistungsansprüche der förderfähigen Musikschulen hat sich daher im Grundsatz bewährt und soll auch im novellierten BbgMKSchulG beibehalten werden.

Ein weiteres mit dem Erlass des BbgMSchulG verbundenes gesetzgeberisches Anliegen bestand darin, den Zugang zu den gesetzlich geförderten Musikschulen allen Interessierten zu ermöglichen und damit dem Verfassungsauftrag aus Artikel 34 Absatz 3 BbgVerf zur Unterstützung der Teilnahme am kulturellen Leben für den Bereich der Musikschulen gerecht zu werden. Dieser offene Zugang wird gewährleistet, wenn durch die geförderten Musikschulen zum einen genügend Aufnahmekapazitäten für alle an musikalischer Bildung Interessierten vorgehalten werden und zum anderen Erschwernissen bei der Inanspruchnahme von musikalischer Bildung für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie z.B. Menschen mit Behinderungen oder Kinder und Jugendliche mit sozialen Benachteiligungen durch gezielte Maßnahmen aktiv entgegengewirkt wird. Der Evaluationsbericht hat in Hinblick auf dieses Anliegen gesetzgeberischen Handlungsbedarf aufgezeigt.

Festzustellen war, dass an den geförderten Musikschulen Wartelisten mit einer erheblichen Anzahl an Interessierten bestehen (2009: ca. 3100 Personen, 2012: ca. 4200 Personen) und – wenn auch in der Gesamtbetrachtung ein Zuwachs der Anzahl von Schülerinnen und Schüler an geförderten Musikschulen insbesondere durch die Aufnahme von Musikschulen in privater Trägerschaft in die Förderung zu verzeichnen ist – bei annähernd der Hälfte der geförderten kommunalen Musikschulen ein Rückgang zu konstatieren ist. Signifikant ist zudem ein Ausbau des Einzelunterrichts (1999 bis 2009: + 21,4 Prozent) an den geförderten Musikschulen, sodass die durchschnittliche Relation von Gesamtschülerzahl versus Jahres-

wochenstunden derzeit nur bei 1,79 und damit unter dem Bundesdurchschnitt von über 2 liegt. Vor diesem Hintergrund hält es die Landesregierung für erforderlich, durch eine Modifizierung der bisher geltenden Bemessungsgrundlage die Bereitschaft der Musikschulen gezielt zu honorieren, mit ihrem Unterrichtsangebot mehr Schülerinnen und Schüler als bisher zu erreichen und damit die Aufnahmekapazitäten zu erweitern.

In der Bemessungsgrundlage zur Verteilung der Fördermittel gemäß § 6 Absatz 2 des Gesetzentwurfs wird daher nicht mehr nur die Anzahl der erteilten Jahresunterrichtsstunden sondern auch die Anzahl der vertraglich gebundenen Schülerinnen und Schüler p.a. berücksichtigt. Die Bestimmung des Verhältnisses von Jahresunterrichtsstunden versus Anzahl der Schülerinnen und Schüler sowie weiterer Einzelheiten des Verfahrens zur Ermittlung der Förderbeträge bleibt einer gesonderten Rechtsverordnung des für Kultur zuständigen Mitglieds der Landesregierung vorbehalten. Es ist durch die Landesregierung vorgesehen, die Bemessungsgrundlage für Musikschulen mit dem Quotienten 2:1 in der Rechtsverordnung festzulegen. Damit wird den von den förderfähigen Musikschulen geleisteten Jahresunterrichtsstunden bei der Ermittlung der Förderbeträge nach wie vor ein besonderes Gewicht beigemessen. Mit diesem Quotienten werden abrupte Verschiebungen in der Verteilung der Fördermittel unter den bisher geförderten Musikschulen vermieden, eine behutsame Anpassung des Musikschulbetriebs zur Erweiterung der Aufnahmekapazitäten v.a. durch einen Ausbau des Angebots von Gruppenunterricht ermöglicht sowie der Bedarf zur finanziellen Unterstützung des kostenintensiveren Einzelunterrichts für die Ausbildung an bestimmten Instrumenten und für die spezielle Talentförderung weiterhin anerkannt. Der Quotient ist aus Sicht der Landesregierung geeignet, ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Breiten- und Spitzenförderung herzustellen. Er hätte zudem langfristig auch positive Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit der förderfähigen Musikschulen, da ein Anreiz geschaffen würde, mehr Gruppenunterricht durchzuführen und damit verbesserte finanzielle Deckungsbeiträge für die Unterrichtsstunden zu erwirtschaften.

In Hinblick auf den offenen Zugang für Menschen mit sozialen Erschwernissen hat die Evaluation ergeben, dass über 85 Prozent der bisher geförderten Musikschulen Sozialermäßigungen und Familienermäßigungen einräumen. Gleichwohl profitierten nach einer Erhebung für 2008 durchschnittlich nur 3,9 Prozent der Gesamtschülerschaft je nach Musikschulsatzung von einer Teilermäßigung bis hin zur vollständigen Befreiung von den Unterrichtsgebühren (durchschnittlich 46 Prozent Ermäßigung). Hiervon ausgehend sieht die Landesregierung einen Optimierungsbedarf, dass mehr sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche an den Angeboten der Musikschulen partizipieren.

Aufgrund der umfangreichen Ermäßigungstatbestände in den Gebührensatzungen der Musikschulen und der Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellem Leben in der Gemeinschaft für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien auf Grundlage der §§ 34 Absatz 7 SGB XII, 28 Absatz 7 SGB II und 6b BKGG wird nach Ansicht der Landesregierung hinsichtlich der Ausgestaltung der Entgelte für Menschen mit sozialen Erschwernissen kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf gesehen.

Um Kinder und Jugendliche mit sozialen Benachteiligungen besser zu erreichen, gilt es jedoch, dass die Musikschulen mit ihren musikalischen Bildungsangeboten

auch außerhalb ihrer eigenen Unterrichtsstätten in den Kitas, in den allgemein bildenden Schulen und bei sonstigen Bildungsträgern präsent sind, um alle Kinder und Jugendlichen unabhängig vom sozialen Hintergrund zu erreichen. Entscheidend hierfür ist eine entsprechende Kooperationstätigkeit der Musikschulen. Diese ist in den zurückliegenden Jahren nicht zuletzt durch die Impulse des Landesprogramms „Musische Bildung für alle“ stetig angewachsen.

U.a. auf der Grundlage dieser Erwägungen wurde als weiteres zusätzliches Qualitätskriterium für Musikschulen, die eine staatliche Anerkennung erhalten bzw. eine Förderung in Anspruch nehmen möchten, in § 3 Absatz 2 Nummer 9 des Gesetzesentwurfs aufgenommen, dass die Musikschulen zur Vermittlung musikalischer Bildung auch Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen und Trägern kultureller Bildung durchführen. Mit dem neu eingeführten Qualitätskriterium entspricht die Landesregierung zugleich der Entschließung des Landtags vom 25. Februar 2010 (Drucksache 5/448-B), mit der Novellierung des BbgMSchulG die gesetzliche Aufgabe der Musikschulen zu konkretisieren bzw. auszuweiten. Musikschulen sind durch dieses Qualitätskriterium stärker gefordert, ihre musikpädagogischen Dienstleistungen im Sektor der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie beruflichen Ausbildungssysteme einzubringen sowie Kooperationsprojekte mit Behinderteneinrichtungen verstärkt zu entwickeln.

Hinsichtlich des Zugangs von Menschen mit Behinderungen zu den Angeboten der geförderten Musikschulen war im Ergebnis der Evaluation festzustellen, dass der Anteil der Menschen mit Behinderungen an der Gesamtschülerschaft, die auf ihre Bedürfnisse abgestimmten Musikschulunterricht erhalten bzw. in den gewöhnlichen Musikschulunterricht integriert werden, lediglich 0,94 Prozent beträgt. Angesichts von 100 Förderschulen mit rund 10.000 Schülerinnen und Schülern in Brandenburg sind dies nur 2,8 Prozent der Förderschülerinnen und Förderschüler. Die Landesregierung sieht in einer vielschichtigen Kooperationstätigkeit der gesetzlich geförderten Musikschulen mit Behinderteneinrichtungen eine Möglichkeit, Menschen mit Behinderungen auch außerhalb der Räumlichkeiten der Musikschulen - z.B. direkt in den Betreuungseinrichtungen vor Ort - stärker an musikalischen Bildungsangeboten teilhaben zu lassen. Entsprechende Pilotprojekte einschließlich sonderpädagogischer Qualifizierungen von Lehrkräften der geförderten Musikschulen werden gegenwärtig unter Einsatz von Mitteln aus dem Landesprogramm „Musische Bildung für alle“ initiiert. Darüber hinaus gebietet die UN-Behindertenrechtskonvention geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um „Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang . . . zu . . . Einrichtungen, die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, zu gewährleisten“ (Artikel 9) und „die Möglichkeit zu geben, ihr kreatives, künstlerisches und intellektuelles Potential zu entfalten. . .“ (Artikel 30). Vor diesem Hintergrund wurde eine entsprechende Anerkennungsvoraussetzung neu aufgenommen. Da die Geeignetheit von Maßnahmen in der Regel von den lokalen Rahmenbedingungen abhängt, soll den Schulen Gestaltungsraum überlassen werden, auf welche Weise sie Menschen mit Behinderungen den Zugang zu ihren Angeboten ermöglichen.

Die Evaluation hat weiterhin einen wesentlichen Optimierungsbedarf in Hinblick auf die bisherigen Regelungen zum Verfahren über die Erteilung der Berechtigung zum Führen der Bezeichnung „Anerkannte Musikschule im Land Brandenburg“ (§ 4 Absatz 1 a.F.) und zum Verfahren über die Bewilligung der Förderzuschüsse (§ 3 Absatz 1 a.F.) identifiziert. Obwohl die Anerkennungs- und Förderungsvo-

raussetzungen nahezu identisch sind, müssen nach dem geltenden Gesetz zwei getrennte Verfahren durchgeführt werden, wobei für das Bewilligungsverfahren die Ermächtigung zur Beleihung einer juristischen Person des privaten Rechts eingeräumt wird (§ 5 Absatz 3 a.F.). Da das MWFK in den zurückliegenden Jahren angesichts beschränkter personeller Kapazitäten von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht hat und den Verband der Musik- und Kunstschulen Brandenburg e.V. mit den Bewilligungsverfahren beliehen hat, sind letztlich zwei Behörden mit der Prüfung fast identischer Sachverhalte befasst gewesen. Vor dem Hintergrund der Empfehlung des Landesrechnungshofes Brandenburg in seinem Bericht vom 6. Mai 2009, die erteilte Berechtigung zum Führen der Bezeichnung „Anerkannte Musikschule im Land Brandenburg“ regelmäßig alle vier Jahre zu überprüfen und § 4 Absatz 1 BbgMSchulG a.F. entsprechend zu ändern, besteht nunmehr ein gesetzgeberischer Handlungsbedarf, effizientere Strukturen zur periodischen Überprüfung der Anerkennungs- und Förderungsvoraussetzungen zu entwickeln. Getragen von der Erwägung, eine maßgebliche Reduzierung des Verwaltungsaufwandes für das Land sowie eine optimierte fachliche Beurteilung der Anerkennungs- bzw. Fördervoraussetzungen der Musikschulen zu erreichen, hat die Landesregierung in dem Gesetzentwurf beide Verfahren zusammengeführt und durch ein einheitliches Verfahren zur Erteilung einer staatlichen Anerkennung ersetzt (§ 3 Absatz 1 des Gesetzentwurfs).

Das Vorliegen einer Anerkennung ist sowohl Voraussetzung für die Berechtigung zum Führen der Bezeichnung „Anerkannte Musikschule im Land Brandenburg“ bzw. „Anerkannte Musik- und Kunstschule im Land Brandenburg“ oder „Anerkannte Kunstschule im Land Brandenburg“ als auch eine wesentliche Voraussetzung für die Begründung des Anspruches auf gesetzliche Förderung. Um die für Kultur zuständige oberste Landesbehörde davon zu entlasten, in Bezug auf Musik- und Kunstschulorganisation und Musik- und Kunstpädagogik spezialisiertes Personal vorzuhalten, wird in § 5 Absatz 1 des Gesetzentwurfs der obersten Landesbehörde in einem weitem Rahmen die Möglichkeit eröffnet, sich bei der Beurteilung des Vorliegens der Voraussetzungen für die Erteilung der Anerkennung eines geeigneten externen Dienstleistenden oder einer Sachverständigenkommission zu bedienen oder eine geeignete juristische Person des Privatrechts zu beleihen, die dann auch in die Lage versetzt wäre, die Anerkennung als hoheitlichen Akt selbst zu verleihen.

Zur gleichmäßigen und erleichterten Rechtsanwendung ermöglicht der Gesetzentwurf, im Rahmen einer Rechtsverordnung des für Kultur zuständigen Mitglieds der Landesregierung die einzelnen Voraussetzungen für die staatliche Anerkennung näher auszugestalten. Hierin sollen die Angaben bzw. Daten der Musikschulen benannt werden, die zur Beurteilung des Vorliegens der jeweiligen gesetzlichen Voraussetzung notwendig sind. Die bisher bei einem großen Teil der geförderten Musikschulen im Rahmen der satzungsmäßigen Berichterstattung an den Verband Deutscher Musikschulen (VdM) jährlich erhobenen Daten werden zugleich einen wesentlichen Teil dieser erforderlichen Daten abbilden, sodass in Hinblick auf die bisher gesetzlich geförderten Musikschulen kein wesentlicher Mehraufwand bei der Datenerfassung zu erwarten ist. Um zu gewährleisten, dass die Datenbereitstellung durch die Musikschulen in Inhalt und Umfang zweckgerichtet, praxisorientiert und effektiv erfolgt, beabsichtigt die Landesregierung, vor Erlass einer entsprechenden Rechtsverordnung Expertinnen und Experten aus den betroffenen Musikfachverbänden wie z.B. dem Verband der Musik- und Kunstschulen Brandenburg e.V., dem Bundesverband Deutscher Privatmusikschulen

e.V., dem Landesmusikrat Brandenburg e.V. sowie ggf. aus Wissenschaft und Lehre heranzuziehen.

Ein weiterer Ansatzpunkt zur Verwaltungsvereinfachung hat sich bei der Ermittlung der Förderbeträge herausgestellt. Die Ermittlung der Förderbeträge für die einzelnen Musikschulen nach dem bisher geltenden BbgMSchulG hat sich in der Praxis als problematisch erwiesen, da dafür die Daten des laufenden Förderjahres zugrunde gelegt werden müssen. Um eine Abwicklung der gesetzlichen Musikschulförderung im Förderjahr zu gewährleisten und einen zeitlich angemessenen Mittelfluss an die Musikschulen sicherzustellen, ließ es sich nach der bislang geltenden Rechtslage nicht umgehen, mindestens für die letzten zwei Monate des Förderjahres Prognoseangaben für die Ermittlung des endgültigen Förderbetrages zugrunde zu legen. Abweichungen zur Anzahl der von den Musikschulen tatsächlich erbrachten Unterrichtsstunden im Förderjahr konnten dadurch nicht hinreichend ausgeschlossen werden, sodass sich nicht sicherstellen ließ, dass die Verteilung der Mittel vollständig deckungsgleich mit den erbrachten Unterrichtsstunden an den Musikschulen war.

Vor diesem Hintergrund sieht es die Landesregierung für erforderlich an, die Bemessungsgrundlage (§ 6 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzentwurfs) dahingehend zu ändern, dass Grundlage bei der Berechnung der Förderbeträge die Daten aus dem dem Förderjahr vorausgegangenen Kalenderjahr sind. Eine Ausnahme gilt für Musikschulen im Aufbau, bei denen eine vorläufige Förderung auf der Grundlage einer prognostischen Ermittlung der Daten bezogen auf das Förderjahr zulässig ist. Allerdings muss hier nach Ablauf des Förderjahres mit Vorliegen der tatsächlichen Erhebungsdaten eine endgültige Festsetzung des Förderbetrages erfolgen, denn ein möglicher Erstattungsbetrag gegenüber der Musikschule im Aufbau oder ein erhöhter Leistungsanspruch der Musikschule im Aufbau würden nach dem geschlossenen Fördersystem zu einer Erhöhung oder Verminderung der Leistungsansprüche für die sonstigen Musikschulen bezogen auf das zurückliegende Förderjahr führen, was von Amts wegen zu prüfen und entsprechend zu korrigieren wäre.

Die Erweiterung des Geltungsbereiches des Brandenburgischen Musikschulgesetzes war notwendig, weil sowohl Musikschulen Angebote in anderen künstlerischen Fächern entwickelt haben als auch eigenständige Kunstschulen bestehen. Das bisherige Musikschulgesetz schloss den Kunstschulbereich von der Förderung aus. Um die inhaltliche und förderseitige Gleichbehandlung von Musikschulen und Kunstschulen zu gewährleisten, bezieht der novellierte Gesetzentwurf ausdrücklich die Kunstschulbereiche an Musikschulen als auch die eigenständigen Kunstschulen mit ein. Das erweiterte Anerkennungszertifikat gilt für Musikschulen mit Kunstschulbereich und erstmalig wird es auch ein Anerkennungszertifikat für eigenständige Kunstschulen geben (§ 3 Absatz 3 und 4 des Gesetzentwurfs).

Durch eine Evaluierungsklausel in § 11 des Gesetzentwurfs wird sichergestellt, dass die wesentlichen Neuregelungen im Gesetz in Hinblick auf die dargelegten gesetzgeberischen Zielstellungen in ihrer Wirksamkeit in einem gesetzlichen Geltungszeitraum untersucht werden, der Entwicklungstendenzen ablesbar macht.

B. Besonderer Teil

Zu § 1 Anwendungsbereich

Der Anwendungsbereich des Gesetzes wird erweitert auf Kunstschulen und umfasst auch Musikschulen, die über einen integrierten Kunstschulbereich mit den in § 3 Absatz 4 Nummer 1 benannten Fachbereichen verfügen (verbundene Musik- und Kunstschule). Verbundene Musik- und Kunstschulen werden von einer identischen Rechtsperson getragen und die musikalischen und sonstigen künstlerischen Unterrichtsangebote werden in einer Organisationseinheit vermittelt.

Zu § 2 Träger

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung.

Zu § 3 Staatliche Anerkennung

Absatz 1:

Die neu eingeführte staatliche Anerkennung berechtigt zum Führen der Bezeichnung „Anerkannte Musikschule im Land Brandenburg“ und ist eine wesentliche Voraussetzung für den Anspruch auf Förderung. Mit der Einführung eines Verfahrens über die Erteilung einer Anerkennung wird das bisherige Namensschutzverfahren in § 4 a. F. ersetzt. Die Durchführung der Bewilligungsverfahren, in deren Rahmen der Leistungsanspruch von Musikschulen sowohl dem Grunde und der Höhe nach zu prüfen ist, wird durch die Einführung der Anerkennung wesentlich erleichtert, da die bisherige Prüfung bestimmter Qualitätskriterien der Musikschulen als Fördervoraussetzungen (§ 3 a.F.) wegfällt. Für verbundene Musik- und Kunstschulen gemäß § 1 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzentwurfs wird die Möglichkeit eröffnet, eine erweiterte Anerkennung zu beantragen. Damit kann das Vorliegen bestimmter Qualitätsstandards auch für den Kunstschulbereich an Musikschulen nachgewiesen werden.

Absatz 2:

Die Voraussetzungen für die Erteilung der Anerkennung decken sich in **den Nummern 1, 2, 4 und 5** im Wesentlichen mit den Anerkennungs- und Förderungsvoraussetzungen in § 3 Absatz 3 bis 6 a.F. Da die nähere Ausgestaltung der Voraussetzungen einer Rechtsverordnung vorbehalten bleibt, werden die in § 3 Absatz 3 bis 6 a.F. enthaltenen weitergehenden Ausführungen zu den diesbezüglichen Anerkennungs- und Förderungsvoraussetzungen in die Rechtsverordnung übernommen.

In **Nummer 3** wurde eine zusätzliche Voraussetzung aufgenommen, dass mit Ausnahme der speziellen Talentförderung drei der angebotenen Fachbereiche mit mindestens 10 Prozent und drei der angebotenen Fachbereiche mit mindestens 5 Prozent der Unterrichtsstunden pro Woche belegt sein müssen. Damit wird sichergestellt, dass Angebote zu den Fachbereichen nicht nur vorgehalten werden müssen sondern auch tatsächlich ein Mindestumfang an Unterricht in diesen Fachbereichen erteilt werden muss. Die Regelung ist so ausgestaltet, dass den Musikschulen weiterhin eine Flexibilität in der Unterrichtsbelegung verbleibt.

In **Nummer 5** wurde eine redaktionelle Anpassung vorgenommen.

In Nummer 6 wurde eine zusätzliche Voraussetzung aufgenommen, dass die Lehrkräfte an den Musikschulen regelmäßig an musikpädagogischen Fortbildungen teilnehmen. Zur Konkretisierung wurde ein Mindestturnus von drei Jahren vorgegeben. Damit soll sichergestellt werden, dass Musikschullehrkräfte insbesondere in Hinblick auf musikpädagogische Konzepte und Unterrichtsformate am Stand der Entwicklungen in den Fachdisziplinen teilhaben und diese für ihren Unterricht umsetzen können. Musikschullehrkräfte sollen hierbei auch verstärkt Fertigkeiten gewinnen, um Gruppenunterricht erteilen zu können. Die mehrdimensionale Interdependenz beim gemeinschaftlichen Lernen in der Gruppe hat sowohl eine höhere Lerndynamik als auch eine gesteigerte Lerneffizienz für die Teilnehmenden am Gruppenunterricht zur Folge.

In Nummer 7 wurde aufgrund der mittlerweile bestehenden Vielfalt an Organisationsstrukturen der die Musikschulen tragenden Rechtspersonen eine Öffnung dahingehend vorgenommen, dass eine Musikschule auch gemeinschaftlich von mehreren Personen geleitet werden kann. Aus Anlass eines Rechtsstreits wird gleichwohl eine Präzisierung der Anforderungen an die Qualifikation der die Musikschule leitenden Person(en) vorgenommen. Danach wird klargestellt, dass mindestens eine Person aus der Leitung zwingend über einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss im Fachbereich Musik oder Musikpädagogik und in der Regel über Berufserfahrungen in der pädagogischen Arbeit verfügt. Hierbei handelt es sich um Mindestanforderungen an die Leitungsperson(en), die diese befähigen, die Unterrichtsarbeit an der Schule bzw. die Leistungen des Lehrpersonals fachkundig zu beurteilen, das Lehrpersonal zu beraten sowie fachlich geeignetes Lehrpersonal auszuwählen, ein pädagogisches Gesamtkonzept für die Musikschule zu entwickeln, fortzuschreiben sowie zu vermitteln und damit steuernd auf die Sicherung und Entwicklung der Qualität der schulischen Arbeit und die Profilbildung der Musikschule Einfluss nehmen zu können.

Von Berufserfahrungen in der pädagogischen Arbeit ist auszugehen, wenn die Leitungskraft zuvor berufliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit Musikschulen oder sonstigen pädagogischen Einrichtungen ausgeübt hat, durch die sie sich insbesondere mit den spezifischen Arbeitsabläufen und den Anforderungen an die Unterrichtsorganisation sowie nach Möglichkeit mit Personalführungsaufgaben an pädagogischen Einrichtungen vertraut machen konnte. Im Einzelfall sind Ausnahmen vom Erfordernis des Nachweises von Berufserfahrungen in der pädagogischen Arbeit möglich. Dies kann in Betracht kommen, wenn die Leitungskraft stattdessen über Zusatzqualifikationen im Management und der Administration einer pädagogischen Einrichtung verfügt.

Eine gemeinschaftliche Leitung muss dabei so ausgestaltet sein, dass die Person, die die beschriebenen Qualifikationsanforderungen erfüllt, auch in die Lage versetzt ist, steuernd auf die Organisation und Struktur des Musikschulbetriebes Einfluss zu nehmen.

In Nummer 8 wurde eine zusätzliche Voraussetzung aufgenommen, dass die Musikschule geeignete Unterrichtsräume und Unterrichtsinstrumentarien vorhält. Mit dieser Voraussetzung soll zum einen sichergestellt werden, dass die Musikschulen eine räumliche Infrastruktur nutzen, die für den Unterrichtsbetrieb geeignet ist, insbesondere auf die Altersgruppen der Schülerinnen und Schüler, die Fachbereiche und Unterrichtsformate (Elementar-, Instrumental-, Ensembleunterricht) angepasst ist und ausreichende Kapazitäten bietet, um einen effizienten Unterrichtsbe-

trieb zu gewährleisten. Zum anderen soll sichergestellt werden, dass altersgerechte Unterrichtsmaterialien mit den erforderlichen methodisch–didaktischen Anforderungen zur Verfügung stehen und zur Anwendung kommen. Leihinstrumente sollen nach Möglichkeit in hinreichendem Maße zur Verfügung stehen.

In Nummer 9 wurde eine zusätzliche Voraussetzung aufgenommen, dass die Musikschule zur Vermittlung musikalischer Bildung auch Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen und Trägern kultureller Bildung durchführt. Dies umfasst sowohl die Realisierung von regulären Unterrichtsangeboten der Musikschulen in kooperierenden Einrichtungen als auch die Durchführung von gemeinsamen Projekten jeweils mit der Zielrichtung, mehr Kindern und Jugendlichen musikalische Bildung zu ermöglichen. Kooperationsprojekte, die Musikschulen innerhalb der Förderschwerpunkte des Landesprogramms „Musische Bildung für alle“ realisieren, sind hierbei berücksichtigungsfähig. Umfang und Vielfalt der erforderlichen Kooperationen gemäß Nummer 9 stehen im Zusammenhang mit dem Umfang und der Angebotsbreite an Unterrichtsleistungen, der Anzahl und Qualifikation der Lehrkräfte sowie der örtlichen Lage einer Musikschule. Als Träger kultureller Bildung kommen u.a. soziokulturelle Zentren, Theater, Orchester oder museale Einrichtungen in Betracht. Bildungseinrichtungen sind im besonderen Maße auch Einrichtungen, die sich der Ausbildung und Betreuung von Menschen mit Behinderungen widmen. Auf die weiterführenden Ausführungen unter A. wird verwiesen.

In Nummer 10 wurde eine zusätzliche Voraussetzung aufgenommen, dass die Musikschule geeignete Maßnahmen ergreift, um Menschen mit Behinderungen zugängliche Angebote zu gestalten. Den Musikschulen wird dabei in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen vor Ort ein Gestaltungsspielraum eingeräumt, auf welche Weise sie für Menschen mit Behinderungen den Zugang zu ihren Angeboten ermöglichen. Lässt sich im Einzelfall ein Angebot innerhalb der Musikschule nicht im erforderlichen Maße zugänglich realisieren, kommen unterrichtsorganisatorische Maßnahmen in Betracht, die eine Inanspruchnahme der entsprechend nachgefragten Bildungsangebote auch außerhalb der Musikschulen ermöglichen. Auf die weiteren Ausführungen unter A. wird verwiesen.

Absatz 3:

Erstmalig im Land Brandenburg wird eine staatliche Anerkennung für eigenständige Kunstschulen eingeführt, die zum Führen der Bezeichnung „Anerkannte Kunstschule im Land Brandenburg“ berechtigt und wie bei den Musikschulen eine wesentliche Voraussetzung für den Anspruch auf Förderung ist.

Absatz 4:

Hier sind die Voraussetzungen formuliert, die eine eigenständige Kunstschule erfüllen muss, um ein Anerkennungszertifikat zu erhalten. Wegen der fachlich-inhaltlichen Unterschiede zu einer Musikschule gibt es dabei spezielle Anforderungen hinsichtlich der Fachbereiche sowie der beruflichen Qualifikationsanforderungen an die Lehrkräfte sowie die Leitung einer Kunstschule (§ 3 Absatz 4 Nummer 1-3). Gleichzeitig gelten bestimmte Anforderungen an Musikschulen auch für Kunstschulen, was Absatz 4 Nummer 4 regelt.

In Nummer 1 ist festgelegt, dass in einer eigenständigen Kunstschule mindestens 30 Unterrichtsstunden pro Woche in den Fachbereichen Bildende und Angewand-

te Kunst geleistet werden müssen. Diese Regelung orientiert sich an der Praxis in der Kunstschullandschaft, wo Malerei, Grafik, Bildhauerei, Fotografie, Keramik als Genres der Bildenden und Angewandten Kunst die hauptsächlich angebotenen Kurse sind. Deshalb sind in diesen Fachbereichen auch die überwiegenden Unterrichtsstunden pro Woche zu erbringen.

Weil die eigenständigen Kunstschulen sich auch weiteren künstlerischen Fachbereichen widmen bzw. widmen sollen, sind zusätzlich mindestens 10 Unterrichtsstunden pro Woche in einem der folgenden Fachbereiche zu erbringen: Theater, Tanz, Literatur, Medien, Zirkus. Die Wahlmöglichkeit trägt dazu bei, einerseits die Vielfalt der Angebote zu erhalten und andererseits die Profilbildung von Einrichtungen zu stabilisieren sowie auf Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer zu reagieren.

In Nummer 2 werden die beruflichen Qualifikationsanforderungen an die Lehrkräfte geregelt. Mehrheitlich sind Kursleiter mit einem berufsqualifizierenden künstlerischen Hochschulabschluss (z.B. Diplom- Malerin/Maler, Diplom- Grafikerin/Grafiker) und/oder einem berufsqualifizierenden kulturpädagogischen Hochschulabschluss (z.B. Diplom- Kulturpädagogin/ Kulturpädagoge) oder einem gleichwertigen Abschluss oder Künstlerinnen und Künstler ohne Hochschulabschluss jedoch mit langjähriger professioneller Tätigkeit in künstlerischen Sparten und mit pädagogischer Befähigung einzusetzen. Eine pädagogische Befähigung kann nachgewiesen werden durch eine entsprechende Zusatzausbildung oder eine entsprechende Fort- oder Weiterbildung. Eine langjährige professionelle Tätigkeit liegt in der Regel vor, wenn die künstlerische Arbeit die Haupttätigkeit ausmacht und in geeigneter Weise belegt werden kann (z.B. durch Werk-, Rollen- oder Inszenierungsverzeichnis, Ausstellungsbeteiligungen).

In Nummer 3 sind die berufsqualifizierenden Anforderungen geregelt, die mindestens von einer die Kunstschule leitenden Person erfüllt werden müssen. Eine künstlerische Hochschulausbildung im Bereich Bildende oder Angewandte Kunst umfasst z.B. Abschlüsse in den Fächern Malerei, Grafik, Bildhauerei oder Keramik. Eine kulturwissenschaftliche Hochschulausbildung umfasst z.B. die Abschlüsse Bachelor of Arts, Diplom-Kulturarbeiterin/Kulturarbeiter oder Bachelor Kulturwissenschaften. Berufserfahrungen in kulturellen Einrichtungen haben Personen, die z.B. an Theatern, Kunstschulen, Musikschulen oder in Galerien und Museen konzeptionell und praktisch gearbeitet haben.

In Nummer 4 werden bestimmte Voraussetzungen zur Erteilung von Anerkennungen für Musikschulen auf Kunstschulen für entsprechend anwendbar erklärt.

Absatz 5:

Hier werden für verbundene Musik- und Kunstschulen, die eine erweiterte Anerkennung erhalten möchten, bestimmte Voraussetzungen zur Erteilung von Anerkennungen für Kunstschulen für entsprechend anwendbar erklärt. Nicht für entsprechend anwendbar erklärt wurde die Regelung zu den Anforderungen an die Leitung, da davon ausgegangen wird, dass die verbundenen Musik- und Kunstschulen wegen des größeren Umfangs des Musikschulteils in ihrer Leitung mindestens über eine Person verfügen müssen, die die Anforderungen gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 7 des Gesetzentwurfs erfüllt. Gleichwohl lässt diese Vorschrift

eine gemeinschaftliche Leitung zu, sodass eine weitere Person, die die Voraussetzungen gemäß Nummer 3 erfüllt, Mitglied der Leitung sein kann.

Absatz 6:

Hier wurde eine Ermächtigungsgrundlage zum Erlass einer Rechtsverordnung durch das für Kultur zuständige Mitglied der Landesregierung aufgenommen, in der die nähere Ausgestaltung der Voraussetzungen für Anerkennungen geregelt werden kann. Das für Kultur zuständige Mitglied der Landesregierung wird hierdurch ermächtigt, zu den einzelnen Voraussetzungen die Daten bzw. Nachweise festzulegen, die für die Prüfung regelmäßig erforderlich sind und daher von den Musikschulen im Einzelnen vorzulegen sind. Insbesondere zur einheitlichen Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe in einzelnen Voraussetzungen erfolgen in der Rechtsverordnung wertende Konkretisierungen, die sich an den geltenden fachlichen Standards im Musik- und Kunstschulbetrieb orientieren.

Absatz 7:

Satz 1 enthält einen Widerrufsvorbehalt für den Fall, dass die Voraussetzungen für die Erteilung der Anerkennung innerhalb der vierjährigen Geltungsdauer nicht mehr vorliegen.

Satz 2 enthält eine Regelung, nach der die Erteilung einer Anerkennung und der Eintritt der Rechtsunwirksamkeit einer Anerkennung von der für Kultur zuständigen obersten Landesbehörde im Amtsblatt für das Land Brandenburg öffentlich bekannt zu machen ist. Die Rechtsunwirksamkeit einer Anerkennung kann insbesondere durch Widerruf gemäß Satz 1, Rücknahme, Ablauf der Befristung gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 oder durch eine auflösende Bedingung eintreten. Für die Schülerinnen und Schüler sowie für die potentiell an Unterrichtsleistungen einer Musik- oder Kunstschule Interessierten besteht ein hohes Interesse an Transparenz über den Status der staatlichen Anerkennung, der in seinem Aussagegehalt die Erfüllung landesweiter Qualitätsstandards abbildet und daher für den Abschluss von entsprechenden Unterrichtsverträgen an einer Musik- oder Kunstschule entscheidungserheblich sein kann. Diesem Transparenzinteresse soll sowohl bei Erteilung der Anerkennung für eine Musikschule oder Kunstschule als auch im negativen Fall einer Aufhebung oder des Eintritts einer sonstigen Rechtsunwirksamkeit der Anerkennung durch die öffentliche Bekanntmachung Rechnung getragen werden.

Satz 3 verpflichtet in Hinblick auf § 27 a Absatz 1 Satz 1 VwVfG die zuständige oberste Landesbehörde, den Inhalt der Bekanntmachung gemäß Satz 2 auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen.

Zu § 4 Ausnahmen

In Absatz 1 werden Ausnahmetatbestände von den Voraussetzungen zur Erteilung der Anerkennungen geregelt. **Satz 1** beinhaltet einen Ausnahmetatbestand für Musikschulen im Aufbau, wie er bereits im bisher geltenden Brandenburgischen Musikschulgesetz bezogen auf die Anerkennungs- und Förderungsvoraussetzungen enthalten war. In **Satz 2** wurde ein gleichlautender Ausnahmetatbestand für Kunstschulen im Aufbau aufgenommen, um auch diesen in einen Entwicklungszeitraum von drei Jahren zu ermöglichen, die Anerkennungsvoraussetzun-

gen gemäß § 3 Absatz 4 vollständig und nicht nur vorübergehend, sondern auf lange Sicht, zu erfüllen.

Absatz 2 Satz 1 lässt befristete Abweichungen von bestimmten Voraussetzungen zu, wenn dies aus besonderen Gründen geboten ist. Als besonderer Grund wird explizit die Erhaltung einer gleichmäßigen Grundversorgung mit musikalischen Bildungsangeboten im Land benannt. So kann es beispielsweise im Landesinteresse liegen, eine Musikschule in einem peripheren Landesteil mit Bevölkerungsabwanderung weiterhin zu fördern, obwohl sie aufgrund der Schwankung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler und der beschränkten Verfügbarkeit von Lehrkräften nicht den notwendigen Unterrichtsumfang von 150 Unterrichtsstunden pro Woche erreichen kann. In **Satz 2** wurde ein Abweichungstatbestand für Kunstschulen aufgenommen, der sich auf die Voraussetzungen in § 3 Absatz 4 Nummer 1 und 4 beschränkt. Die Abweichung von der Nummer 4 gilt nur insoweit, als sie in Satz 1 auch für Musikschulen zugelassen ist. Satz 3 lässt beschränkt auf den Geltungszeitraum der Anerkennung eine Verlängerung der Befristung zu, so dass die Abweichung für den gesamten Geltungszeitraum der Anerkennung rechtswirksam sein kann.

Um Transparenz darüber herzustellen, dass unter den anerkannten Musikschulen oder Kunstschulen auch solche sein können, die die Anerkennungsvoraussetzungen nicht vollständig erfüllen, bestimmt **Absatz 3** in diesen Fällen, dass die Bezeichnung „Vorläufig anerkannte Musikschule/Kunstschule im Land Brandenburg“ zu verwenden ist.

Zu § 5 Anerkennungsverfahren, Hinzuziehung Dritter

Absatz 1:

In **Satz 1** wird der für Kultur zuständigen obersten Landesbehörde eine Berechtigung eingeräumt, eine juristische Person des Privatrechts mit der Durchführung der Verfahren zur Erteilung von Anerkennungen zu beleihen. Um bei der beliebigen Rechtsperson in Hinblick auf die Entscheidung über die Erteilung einer staatlichen Anerkennung mögliche Interessenkollisionen auszuschließen, wurde ausdrücklich geregelt, dass diese nicht zugleich im Rahmen ihrer Tätigkeit Interessen antragsberechtigter Musikschulen oder Kunstschulen wahrnimmt. Damit sind insbesondere Dachverbände, deren Mitglieder antragsberechtigte Musikschulen oder Kunstschulen sind, von der Beleihung ausgeschlossen. Führt die zuständige oberste Landesbehörde die Anerkennungsverfahren selbst durch, so ist sie gemäß **Satz 2** berechtigt, bei der Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen Dritte einzubeziehen. Als Dritte kommen externe Dienstleistende oder eine von der Landesbehörde einzuberufende Sachverständigenkommission in Betracht, die geeignet sind, die Daten bzw. Nachweise zu den einzelnen Voraussetzungen auszuwerten und ein Entscheidungsvotum abzugeben.

Absatz 2:

Da zur Prüfung der Anerkennungsvoraussetzungen auch personenbezogene Daten zu verarbeiten sind, werden in Absatz 2 datenschutzrechtliche Befugnisse der Verfahrensbeteiligten zur Erhebung und Übermittlung der Daten geregelt. Sofern die zuständige oberste Landesbehörde einen Beliehenen mit der Durchführung der Anerkennungsverfahren betraut, handelt es bei diesem um einen „Dritten“ im

Sinne von § 3 Absatz 4 Nummer 3 BbgDSG. Bei der Beauftragung eines sonstigen Dritten liegt ein Fall der Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag gemäß § 11 BbgDSG vor. In **Satz 1** wird für die in öffentlich-rechtlicher und privater Trägerschaft befindlichen Musikschulen und Kunstschulen die Befugnis geregelt, die erforderlichen Daten an die für Kultur zuständige oberste Landesbehörde, von ihr beauftragte Dritte oder Beliehene zu übermitteln. Insbesondere um Stichprobenprüfungen bei den Musikschulen und Kunstschulen durchführen zu können, wird in **Satz 2** die Befugnis der Landesbehörde, von ihr beauftragter Dritter oder Beliehener geregelt, Daten bei den Musikschulen und Kunstschulen zur Prüfung des Vorliegens der Anerkennungsvoraussetzungen unmittelbar zu erheben. In **Satz 3** wird die Befugnis der Landesbehörde geregelt, die ihr von den Musikschulen und Kunstschulen zur Verfügung gestellten Daten an beauftragte Dritte oder Beliehene zur weiteren Verarbeitung für die Durchführung der Anerkennungsverfahren zu übermitteln.

Zu § 6 Förderung durch das Land, Verordnungsermächtigung

Absatz 1 regelt dem Grunde nach einen Leistungsanspruch der im Land tätigen Musikschulen und Kunstschulen gegenüber dem Land, wenn diese über eine gültige Anerkennung verfügen sowie ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dienen. Auf Empfehlung des Landesrechnungshofes Brandenburg in seinem Bericht vom 6. Mai 2009 über die Prüfung der Förderung der Musikschulen werden die Musikschulen und Kunstschulen in unmittelbarer Trägerschaft von Gemeinden und Gemeindeverbänden aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung vom Erfordernis des Nachweises der Gemeinnützigkeit befreit. Andernfalls müssten diese aus rein formalen Gründen einen Bescheid des zuständigen Finanzamtes einholen, der die Anerkennung der Gemeinnützigkeit beinhaltet.

Absatz 2 regelt die wesentlichen Parameter, die zur Bestimmung der Höhe des Leistungsanspruchs der Musikschulen und Kunstschulen durch die Bewilligungsbehörde herangezogen werden müssen. Der Gesamtförderbetrag wurde von derzeit 2,6 Millionen € auf 2,69 Millionen € erhöht, damit die Einbeziehung der Kunstschulen in die gesetzliche Förderung nicht einseitig zu Lasten des bisherigen Budgets der förderfähigen Musikschulen geht. Die Erhöhung erfolgt aus Mitteln, die bisher im Rahmen der Projektförderung an Kunstschulen zugewendet wurden.

Die Höhe des Leistungsanspruchs von Musikschulen und Kunstschulen wird aus den geleisteten Jahresunterrichtsstunden und der Anzahl der vertraglich gebundenen Schülerinnen und Schüler jeweils bezogen auf das dem Förderjahr voraus gegangene Kalenderjahr bestimmt. Da der Kunstschulunterricht in Abweichung von den Unterrichtsformaten der Musikschulen ganz überwiegend durch Gruppenunterricht im Kurssystem geprägt ist, kann eine entsprechend unterschiedliche Festsetzung der Verteilungsquotienten bei Musikschulen und Kunstschulen einschließlich Kunstschulbereichen an Musikschulen zur fördermäßigen Gleichbehandlung geboten sein. Dies erfordert es jedoch, den Gesamtförderbetrag von 2,69 Millionen € für die Anwendung der unterschiedlichen Verteilungsquotienten vorab auf die Musikschulen und Kunstschulen einschließlich Kunstschulbereiche an Musikschulen aufzuteilen.

Eine gesetzlich vorweggenommene Fixierung der Quoten zwischen Musikschulen und Kunstschulen einschließlich Kunstschulbereiche an Musikschulen ist jedoch

nicht sinnvoll, da die Aufteilung des Gesamtförderbetrages von Faktoren wie der Anzahl der förderfähigen Musikschulen und Kunstschulen im jeweiligen Förderjahr und der Vergleichbarkeit des Angebots- bzw. Leistungsumfangs zwischen förderfähigen Musikschulen und Kunstschulen abhängig ist. Die auf den Gesamtförderbetrag von 2,69 Millionen € entfallenden Quoten für die Musikschulen und die Kunstschulen einschließlich Kunstschulbereiche an Musikschulen bleiben daher einer Festsetzung durch das für Kultur zuständige Mitglied der Landesregierung im Rahmen einer Rechtsverordnung vorbehalten (§ 6 Absatz 3 des Gesetzentwurfs). Beabsichtigt ist, im Rahmen der Rechtsverordnung von den 2,69 Millionen € einen festen Förderbetrag von 90.000 € für Kunstschulen einschließlich Kunstschulbereichen an Musikschulen vorzusehen und damit das bisherige Haushaltsvolumen für die Projektförderung von Kunstschulen sicherzustellen. Die vorgesehene Bemessungsgrundlage aus der Anzahl der Jahresunterrichtsstunden und der Anzahl der Schülerinnen und Schüler ermöglicht eine nach diesen Parametern leistungsgerechtere Verteilung der bisher durch Projektförderungen des Landes an drei Kunstschulen ausgereichten Landesmittel auf eine ggf. größere Anzahl von förderfähigen Kunstschulen bzw. Kunstschulbereichen an Musikschulen.

Stehen die Quoten fest, wird der jeweilige Gesamtförderbetrag für die Musikschulen und die Kunstschulen einschließlich Kunstschulbereiche an Musikschulen nach den festzulegenden Quotienten (z.B. 2:1) aufgeteilt und die anteiligen Förderbeträge jeweils durch die Gesamtzahl der Jahresunterrichtsstunden bzw. durch die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler dividiert. Hierdurch ergeben sich die Förderbeträge pro Unterrichtsstunde bzw. pro Schülerinnen und Schüler p.a., durch die der Leistungsanspruch der Musikschulen und Kunstschulen der Höhe nach bestimmt werden kann.

Verfügt die Musikschule über eine erweiterte Anerkennung, sind auch die Unterrichtsstunden bzw. die Anzahl der Schülerinnen und Schüler p.a. bezüglich der in § 3 Absatz 4 Nummer 1 des Gesetzentwurfs genannten Fachbereiche zu berücksichtigen. Der Leistungsanspruch wird hierdurch für die Musikschule um den Kunstschulbereich auf der Grundlage getrennter Bemessungsgrundlagen erweitert.

In **Absatz 3** wurde eine Ermächtigungsgrundlage zum Erlass einer Rechtsverordnung durch das für Kultur zuständige Mitglied der Landesregierung aufgenommen, in der die Aufteilung der Gesamtfördersumme auf die Musikschulen und Kunstschulen einschließlich der Kunstschulbereiche an Musikschulen, die jeweiligen Verteilungsquotienten zwischen Unterrichtsstunden und Anzahl der Schülerinnen und Schüler sowie das nähere Verfahren zur Bemessung der Förderbeträge zu regeln sind. Verfahrensregelungen sind insbesondere erforderlich hinsichtlich der sachgerechten Ermittlung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler. Hierfür kommen die Festlegung eines Stichtages und eines Mindestteilnahmezeitraums in Betracht. Die Rechtsverordnung kann mit der Rechtsverordnung gemäß § 3 Absatz 6 Satz 1 des Gesetzentwurfs verbunden werden.

Zu § 7 Anpassung der Förderung

In Absatz 1 werden für die Beurteilung der Änderung der Personalkosten der fest angestellten Lehrkräfte auch die förderfähigen Kunstschulen einbezogen. Als Bezugsjahr wird das Haushaltsjahr 2014 neu festgesetzt, da mit der Aufnahme der Kunstschulen in die gesetzliche Förderung und der veränderten Bemessungs-

grundlage eine Zäsur eingetreten ist, die einer Fortschreibung des Bezugsjahres 2001 entgegen steht. Eine Erhöhung des Zuschusses aufgrund tarifvertraglicher Anpassung der Gehälter der fest angestellten Lehrkräfte steht unter Haushaltsvorbehalt.

In Absatz 2 wurde die unter Haushaltsvorbehalt stehende Regelung zur Anpassung der Gesamtfördersumme an der neuen Bemessungsgrundlage ausgerichtet. Als Bezugsjahr wird das Haushaltsjahr 2014 neu festgesetzt, da mit der Aufnahme der Kunstschulen in die gesetzliche Förderung und der veränderten Bemessungsgrundlage eine Zäsur eingetreten ist, die einer Fortschreibung des Bezugsjahres 2001 entgegen steht.

Zu § 8 Bewilligungsverfahren, Hinzuziehung Dritter

Absatz 1 sieht eine bereits nach dem bisher geltenden Brandenburgischen Musikschulgesetz bestehende Berechtigung vor, eine juristische Person des Privatrechts mit den Bewilligungsverfahren zu beleihen. Dabei muss es sich nicht um die identische juristische Person handeln, die mit dem Verfahren zur Erteilung von Anerkennungen beleihen werden kann. Abweichend von § 5 Absatz 1 wurde keine explizite Einschränkung für den potentiellen Kreis geeigneter Beliehener dahingehend aufgenommen, dass diese im Rahmen ihrer Tätigkeit nicht zugleich Interessen förderfähiger Musikschulen oder Kunstschulen wahrnehmen. Auf eine derartige Einschränkung wurde verzichtet, da die Anerkennung als wesentliche Voraussetzung für den Leistungsanspruch in diesem Verfahrensstadium bereits vorliegt und sich das Bewilligungsverfahren im Wesentlichen auf die Ermittlung/Anwendung der Parameter für die Bemessung beschränkt, sodass ein Risiko für interessengeleitete Entscheidungen nicht besteht.

In Absatz 2 werden die datenschutzrechtlichen Befugnisse gemäß § 5 Absatz 2 für die Verfahrensbeteiligten der Bewilligungsverfahren für entsprechend anwendbar erklärt.

Zu § 9 Finanzierungsbeteiligung der Träger

Die bereits nach dem bisher geltenden Brandenburgischen Musikschulgesetz bestehende Regelung zur Finanzierungsbeteiligung wurde dahingehend modifiziert, dass eine Verpflichtung zur angemessenen Finanzierungsbeteiligung auch dann für Gemeinden und Gemeindeverbände besteht, wenn die Musikschule in Trägerschaft einer sonstigen juristischen Person steht (z.B. GmbH), an der die Gemeinde oder der Gemeindeverband mehrheitlich beteiligt ist. Die Vorschrift wurde entsprechend auf Kunstschulen ausgeweitet.

Zu § 10 Übergangsregelung

Die Regelung enthält eine zeitlich befristete Fiktion, dass die auf der Grundlage des bisher geltenden Brandenburgischen Musikschulgesetzes erteilten Berechtigungen zum Führen der Bezeichnung „Anerkannte Musikschule im Land Brandenburg“ als Anerkennungen mit den entsprechenden Rechtswirkungen nach dem Gesetzentwurf bis zum 31.12.2014 fortgelten, es sei denn, dass die bisherigen Anerkennungsvoraussetzungen bereits nicht mehr vorliegen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Verfahren zur Erteilung von Anerkennungen nicht zeitnah mit Inkrafttreten der Gesetzesnovelle abgeschlossen werden können und den bisher anerkannten bzw. gesetzlich geförderten Musikschulen ein be-

schränkter Bestandsschutz durch die unbefristet erteilten Bescheide zuzuerkennen ist.

Zu § 11 Evaluation

In Satz 1 wird eine Verpflichtung der für Kultur zuständigen Landesbehörde geregelt, die wesentlichen Neuregelungen im Gesetz in Hinblick auf die gesetzgeberischen Zielstellungen in ihrer Wirksamkeit zu untersuchen. Der Evaluationsbericht ist dem Landtag spätestens bis zum 31. Dezember 2018 vorzulegen. Der Zeitpunkt ist so gewählt, dass sich im Untersuchungszeitraum auch der vierjährige Geltungszeitraum der staatlichen Anerkennungen abbildet, die von den bisher geförderten Musikschulen erstmals für den Zeitraum ab 1. Januar 2015 beantragt werden müssen. Der Gesetzgeber wird hierdurch in den Stand versetzt, ggf. gesetzliche Anpassungen vorzunehmen, sofern die beabsichtigten Wirkungen nicht in dem erwarteten Maße eingetreten sind oder veränderte äußere Umstände zu nicht beabsichtigten Entwicklungen führen. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich mit dem Evaluationsbericht Tendenzen abzeichnen sollten, dass sich gesetzliche Regelungen durch demografische Entwicklungsprozesse benachteiligend für bestimmte bisher geförderte Musikschulen auswirken oder sich die veränderte Bemessungsgrundlage für die Musikschulförderung auf die gesetzlich bestimmte Aufgabe der förderfähigen Musikschulen und Kunstschulen, Begabungen zu fördern, nachteilhaft auswirkt. Um die Evaluation auf der Grundlage einer validen Datengrundlage durchzuführen, werden in Satz 2 und 3 Regelungen getroffen, die die Bereitstellung von statistischen Daten durch die geförderten Musikschulen und Kunstschulen beinhalten. Diese statistischen Daten werden in anonymisierter Form bereitgestellt und enthalten somit keine personenbezogenen Daten.

Zu § 12 Einschränkung eines Grundrechts

Da die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit der Durchführung der Anerkennungsverfahren und Bewilligungsverfahren zu Eingriffen in das Grundrecht auf Datenschutz gemäß Artikel 11 der Verfassung des Landes Brandenburg führen kann, ist das verfassungsrechtliche Zitiergebot gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 3 der Verfassung des Landes Brandenburg zu erfüllen.

Zu § 13 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

§ 12 regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes. Die Verordnungsermächtigungen treten abweichend bereits am Tag nach der Verkündung des Gesetzes in Kraft, damit die Rechtsverordnungen bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes erlassen werden können und damit frühzeitig Planungs- und Orientierungssicherheit bei den Musikschulen und Kunstschulen hinsichtlich der Anforderungen an die Förderfähigkeit und der Bemessung der Förderbeträge geschaffen wird. Zudem bedingt der Erlass der Rechtsverordnung gemäß § 6 Absatz 3 die Anwendbarkeit des Gesetzes, sodass die Rechtsverordnung spätestens zeitgleich mit Inkrafttreten des Gesetzes rechtswirksam sein muss. Zudem regelt § 12 das Außerkrafttreten des bisherigen Brandenburgischen Musikschulgesetzes.